

Die „Fünf Einsprüche“ in Thesen:

1. Wir wenden uns gegen die Illusionen einer alle politischen Parteien übergreifenden Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach betriebswirtschaftlichen Mustern in den Griff zu bekommen sucht.

2. Wir widersprechen der völlig irreführenden Behauptung, bei der gegenwärtigen Umorganisation der Bildungsinstitutionen gebe es um mehr Autonomie von Schulen und Hochschulen.

3. Wir halten es für einen folgenschweren Irrtum, wenn behauptet wird, Erziehungswissenschaft erfülle ihren öffentlichen Auftrag nur dann, wenn sie unmittelbar verfügbare und kurzfristig nutzbare Ergebnisse für Politik und Praxis zeitige.

4. Wir protestieren gegen die weitere Aushöhlung von universitären Studiengängen – insbesondere auch in der Lehrerausbildung – durch ihre zunehmende Verschulung.

5. Wir bezweifeln die vorherrschende Meinung, die Festlegung und Durchsetzung von Leistungsstandards zur Überprüfung von Basiskompetenzen sei ein geeignetes Mittel, um der demokratischen Forderung nach größtmöglicher Gleichheit der Bildungschancen Genüge zu tun.

Weitere Infos unter: www.forum-kritische-paedagogik.de

In „Fünf Einsprüchen“ hat ein Kreis von Erziehungswissenschaftlern um den Frankfurter Hochschullehrer Frank-Olaf Radtke die Umgestaltung der Bildungseinrichtungen in Wirtschaftsbetriebe kritisiert. Die Wissenschaftler hatten im Oktober zu einer öffentlichen Diskussion nach Frankfurt am Main eingeladen (E&W berichtete in der November-Ausgabe 2005). Das von in-

Pro

Das Bildungssystem ist kein Dienstleistungsunternehmen



Foto: Privat

Frank-Olaf Radtke ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Die Kritik der *Fünf Einsprüche* richtet sich gegen einen neoliberalen Konsens aller politischen Parteien, der inzwischen auf den Bildungsbereich übergeschwappt ist und im Wesentlichen darin besteht, die Instrumente des New Public Management nun auch im Bildungsbereich einzusetzen. Die Wissenschaftlerinitiative dient dem Ziel, mit ihren Fragen zu irritieren: Muss der derzeit ablaufende Prozess, das gesamte Bildungs- und Wissenschaftssystem unter eine betriebswirtschaftliche Steuerung zu stellen, ohne Alternative bleiben? Wollen wir überhaupt, dass das Bildungssystem nach betriebswirtschaftlichen Kategorien gesteuert werden soll? Wollen wir wirklich, dass unsere Kinder in den Schulen und die Studierenden an den Hochschulen als „Human-Kapital“ behandelt und unter einer fortschreitenden Ökonomisierung erzogen und ausgebildet werden?

Die Initiatoren der Einsprüche rufen die Öffentlichkeit und alle am Bildungsprozess Beteiligten auf, über die unbeabsichtigten Folgen einer ökonomisierten Bildungspolitik nachzudenken und sie zu revidieren. Unsere Kritik zeigt den gesellschaftspolitischen Zusammenhang dieser bildungspolitischen Diskussion auf: Die gegenwärtige „Reform“ von Schulen und Hochschulen ist ein Teil des Umbaus des deutschen Wohlfahrtsstaates zu einem Dienstleistungsunternehmen neben anderen (Anm. d. Red.:

s. auch Seite 24: „Wenn allein der Markt entscheidet“ über die neue EU-Dienstleistungsrichtlinie). Dahinter steht die politische Strategie, Staatsausgaben zu senken. Bildungseinrichtungen sollen sich nach ökonomischen Kriterien an einem imaginären „Quasimarkt“ behaupten. Konsequenzen: Wo Politiker und Pädagogen bislang normativ und politisch über die Ziele von Erziehung und Bildung diskutierten, werden stattdessen bessere Plätze auf Rankinglisten internationaler Leistungsstudien angestrebt. Das soziale Anrecht auf Bildung wird vor diesem Hintergrund ökonomisch konditioniert.

Greifbarer Effekt

Die an sich sympathischen Anregungen aus dem Bologna-Prozess und den PISA-Studien sind in Deutschland bislang instrumentalisiert und von den verschiedenen Akteuren als Gelegenheit genutzt worden, ihre je eigenen institutionellen Probleme zu lösen. Als greifbarer Effekt ist bislang nur zu erkennen: die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten. So wird das Abitur nach zwölf Jahren eingeführt (G8) und der Bachelor (BA) als einfacher akademischer Abschluss nach drei Jahren. Die Einflüsse von Bund und Ländern werden in der Föderalismusreform neu bestimmt (Ganztagsschulen, Eliteuniversitäten, Hochschulbau [s. div. E&W 2005]). Der psychologischen Bildungsforschung wird neue Bedeutung und mehr Einfluss in Form von Lehrstühlen und ganzen Instituten verschafft (s. E&W 12/2005, Seite 11). Ansätze zu einer tatsächlichen Qualitätsverbesserung des Unterrichts oder zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem sind hingegen nicht zu erkennen. Im Gegenteil, die Arbeitsbedingungen an Schulen und Hoch-

schulen verschlechtern sich und die Konkurrenz um begehrte Abschlüsse verschärft sich bereits in der Grundschule. Dabei sind die neuen Steuerungstechniken mit erheblichen Problemen belastet: Der Versuch der Output-Steuerung tendiert dazu, Schulen und Hochschulen, Unterricht und Studium, Studenten und Schüler wie „Trivialmaschinen“ zu behandeln, die zuverlässig das von Wirtschaft und Politik gewünschte Ergebnis liefern sollen. Die Erziehungswissenschaft weiß um das Problem fehlender Technologien im Erziehungsprozess und hat deshalb auf Professionalität, d. h. situatives Urteilsvermögen als Ergebnis wissenschaftlicher Ausbildung gesetzt. Mit Modulen, Standards, Wettbewerb, Kompetenzorientierung und Benchmarking scheinen jetzt die vermissten (Ersatz-)Instrumente gefunden worden zu sein. Nun bevorzugt man Entprofessionalisierung und frühen Praxisbezug. Diese Strategie verwickelt die Schulen und Hochschulen derzeit in aberwitzige Anpassungsprozesse. Die Institutionen des Erziehungssystems werden von außen, gleichsam von rückwärts, mit Zielvereinbarungen unter einen erhöhten Druck gestellt, ohne dass im Inneren, im pädagogischen Prozess des Lehrens und der Forschung eine vernünftige Vorsorge getroffen wird. Eine, die ermöglichte, die erwarteten Qualitätsverbesserungen auch zu erreichen. Aber im Gegenteil: Eine ausreichende Finanzierung, Betriebswirte würden sagen eine vernünftige „Kapitaldecke“, fehlt. Die Paradoxien dieser Bildungspolitik überspielen nur notdürftig ein Vokabular, das auf permanente „Selbst-Begeisterung“ baut und dabei ihre Motive eher verdeckt als transparent macht.

Frank-Olaf Radtke

zwischen mehr als 150 Wissenschaftlern unterzeichnete Papier sorgte bundesweit für Kontroversen. Einer der prominentesten Kritiker ist der Berliner Erziehungswissenschaftler Heinz-Elmar Tenorth. In dieser Ausgabe haben wir die beiden Forscher um einen Austausch ihrer Argumente in einem Pro und Kontra gebeten.

Kontra

Nostalgische Verklärung der Vergangenheit



Foto: Doris Poltekowski

Heinz-Elmar Tenorth ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin.

Bildungspolitik in Deutschland verdient immer Kritik. Selbstverständlich. Dennoch geht der Angriff der Frankfurter Erklärung in die falsche Richtung: Der Vorwurf der „Ökonomisierung“, der gegen-

über der gegenwärtigen Politik ausgesprochen wird, ignoriert die Kosten- und Zeitrechnung, die das Bildungswesen ebenso benötigt wie eine deutlich ergebnisorientierte Kontrolle seiner Leistungen. Wer dies ablehnt, übersieht offenkundig nicht nur den ineffektiven Einsatz vorhandener Ressourcen, sondern missachtet auch die damit einhergehende Vernichtung von Lebens- und Lernzeit. Er leugnet ferner die Enttäuschung über mangelnde Perspektiven und die Wertlosigkeit von Abschlüssen, die das aktuelle Hochschulsystem erzeugt. Seine Praxis ist in der scheinbaren Muße vielleicht angenehm für wenige. Für die meisten jedoch – Studierende wie Lehrende – ist sie unverantwortlich, weil eher Chaos als legitime Lehrverfassung. Das alles streitet die Frankfurter Erklärung ab. Sie ist deshalb weder angemessen in ihrer Diagnose über die schwierige Lage der Universität noch in ihrem Programm. Letzteres beruht

eher auf einer nostalgischen Verklärung der Vergangenheit als auf zukunftsfähigen Entwürfen.

Abwehrrhetorik

Die gesamte aktuelle Bildungspolitik von PISA bis zur Entwicklung von Bildungsstandards in Abwehrrhetorik mit einzurühren, spricht nicht für eine klare Wahrnehmung existierender Probleme. Schule und Hochschule müssen präzise in ihrer jeweiligen Situation und in ihrem Veränderungsbedarf unterschieden werden. Dann verdienen *assessment*-Studien und Standards für die Schule sehr viel mehr Anerkennung, als die Frankfurter Erklärung einräumt. Auch sollte man eine richtige Strategie nicht sofort wieder aufgeben, nur weil die ersten Probleme bei ihrer Umsetzung auftauchen. Fest steht: Wer in der Schulpolitik zurück will zu den alten Rezepten, der verdient keinen Kredit.

Neue Antworten

In den Hochschulen bieten die mit dem Bologna-Prozess angestoßenen Veränderungen eine Option, auf zentrale Schwächen der Einrichtungen neue Antworten zu finden. Die Schwächen sind ja manifest: zu wenig Absolventen, zu lange Studienzeiten, höchst unwirksamer Mitteleinsatz, veraltete Studiengänge, die allein durch die Tradition von Disziplinen leben, aber weder berufsfähige Kompetenzen vermitteln noch Innovationen befördern, zu wenig Nachwuchs in zentralen Forschungsgebieten, nicht nur der Naturwissenschaften, auch in der

empirischen Bildungsforschung. Eine Studienreform ist deshalb unausweichlich. Sie könnte in den neuen Strukturen (Bachelor- und Master-Studiengänge) eine disziplinoffene, lernfähige und systemisch viel versprechende Form entwickeln: Kompetenzorientierung, Module als Basis der Lernorganisation, klare Strukturierung von Lernsequenzen, Zäsuren, die eine Entscheidung zwischen Beruf und weiterer akademischer Qualifizierung eröffnen, Flexibilität auch für Rückkehrer aus der Berufspraxis. In der konkreten Praxis vor Ort können die Disziplinen und Hochschulen zeigen, wie sie solche Chancen nutzen. Tradition allein zählt nicht. Wer in klaren Strukturen allein „Versuchung“ zu erkennen glaubt, blockiert sich selbst (und zeigt damit, welch schlechtes Bild er von Schule und ihren Lernmöglichkeiten hat).

Dass sich ausgerechnet Pädagogen zum Wortführer einer radikalen Gegenbewegung zu dieser neuen Strategie im Bildungsbereich machen, überrascht. Ihre Studiengänge, vom Diplom bis zum erziehungswissenschaftlichen Anteil an der Lehrerbildung, zeichnen sich bislang nicht durch große Überzeugungskraft, Klarheit, Leistung und allseitige Anerkennung aus. Pädagogen wären gefragt, neue Lehr- und Lernmöglichkeiten aufzuzeigen, in denen ihre guten Absichten Gestalt gewinnen könnten. Blockade und Totalabwehr sind aber die falsche Antwort.

Heinz-Elmar Tenorth